

Beschluss Sichern wir unsere Lebensgrundlagen - Natur und Umwelt konsequent schützen

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 21.08.2021
Tagesordnungspunkt: 3. Natur und Umwelt konsequent schützen

Antragstext

1 Unsere Umwelt und der Erhalt der biologischen Vielfalt sind unsere
2 Lebensversicherung und die unserer Kinder und nachfolgender Generationen. Wir
3 müssen erhalten, was uns erhält: reine Luft zum Atmen und sauberes Wasser,
4 gesunde Böden für gesunde Nahrung, Wälder und Stadtnatur, das Netz der Arten und
5 die natürlichen Ressourcen, auf denen unser Wohlstand beruht.

6 Der Schutz von Umwelt, Natur und Klima ist keine rein ökologische, sondern auch
7 eine soziale und wirtschaftliche Frage, die Auswirkungen auf die Gesundheit
8 jedes Einzelnen und auf die Grundlagen unseres Zusammenlebens hat. Gerade
9 Menschen mit geringen Einkommen können sich Wohnungen oft nur in Gebieten
10 leisten, in denen schlechte Luftqualität und hohe Lärmbelastung vorherrschen und
11 der Zugang zu wohnortnahe Grün nicht gegeben ist. Entschlossene Umweltpolitik
12 bedeutet für uns: entschlossene Gesundheits- und Sozialpolitik.

13 Das Wissen um die planetaren Grenzen ist Grundlage unserer Politik. Die
14 ökologischen Belastungsgrenzen sind in Nordrhein-Westfalen an vielen Stellen
15 bereits überschritten. Wetterextreme treffen uns auch in NRW immer häufiger und
16 zeigen das Voranschreiten der Klimakrise vor unserer Haustür. Naturkatastrophen
17 wie das extreme Hochwasser im Juli 2021 werden Mensch und Umwelt immer häufiger
18 gefährden. Klimakrise, Flächenversiegelung, industrielle Landwirtschaft,
19 Rohstoffabbau und globalisierter Konsum hinterlassen immer mehr Spuren in
20 unserer Natur. So sind etwa bereits ein Drittel aller Bäume in NRW deutlich
21 geschädigt. Fast die Hälfte aller Pflanzen-, Pilz- und Tierarten stehen auf der
22 Roten Liste, sind also gefährdet. Und unsere Verantwortung geht noch weit über
23 die heimische Natur hinaus, denn der Verlust der Biodiversität ist ein globales
24 Problem. Wie wir hier wirtschaften und leben hat gravierende Auswirkungen auf
25 anderen Teilen der Welt.

26 Zuversichtlich stimmt uns, dass zahlreiche Umweltprobleme wie die
27 Rheinverschmutzung oder das Ozonloch in der Vergangenheit mit klarer
28 Regulierung, neuen Technologien und im gesellschaftlichen Konsens gelindert
29 werden konnten. Gerade in NRW sind so im Bereich der Umweltwirtschaft zahlreiche
30 Innovationen und Arbeitsplätze geschaffen worden. Artensterben, Klimakrise oder
31 die Vermüllung der Ozeane erfordern heute komplexere und intelligente Lösungen -
32 diese Lösungen liegen aber bereits auf dem Tisch und es braucht eine politische
33 Kraft, sie umzusetzen.

34 Natur und Artenvielfalt zu schützen auf der einen Seite und Klimaschutz auf der
35 anderen Seite sind zwei Seiten einer Medaille. Beides sind unstrittige
36 Voraussetzungen für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Die beiden Ziele können
37 nur gemeinsam erreicht werden. Durch Naturschutz und die Wiederherstellung von
38 Ökosystemen erhalten und stärken wir natürliche CO₂-Senken wie Wälder, Moore,
39 Fließgewässer und sowie Ozeane, mit Klimaschutz verhindern wir den Verlust und
40 unwiederbringlichen Umbau dieser Lebensräume. Deshalb brauchen wir Lösungen,
41 Klimaschutz und Biodiversitätsschutz gleichzeitig gemeinsam voranzubringen.

42 Dort, wo es Zielkonflikte zwischen Natur- und Klimaschutz gibt, stehen wir GRÜNE
43 in der Verantwortung, Lösungen zu finden – denn ohne Klimaschutz keine intakte
44 Natur, ohne Naturschutz kein stabiles Klima.

45 Natur und Artenvielfalt zu schützen auf der einen Seite und Klimaschutz auf der
46 anderen Seite sind zwei Seiten einer Medaille. Beides sind unstrittige
47 Voraussetzungen für den Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Die beiden Ziele können
48 nur gemeinsam erreicht werden. Durch Naturschutz und die Wiederherstellung von
49 Ökosystemen erhalten und stärken wir natürliche CO₂-Senken wie Wälder, Moore und
50 Ozeane, mit Klimaschutz verhindern wir den Verlust und unwiederbringlichen Umbau
51 dieser Lebensräume. Deshalb brauchen wir Lösungen, Klimaschutz und
52 Biodiversitätsschutz gemeinsam voranzubringen. Dort, wo es Zielkonflikte
53 zwischen Natur- und Klimaschutz gibt, stehen wir GRÜNE in der Verantwortung,
54 neue Lösungen zu finden – denn ohne Klimaschutz keine intakte Natur, ohne
55 Naturschutz kein gutes Klima.

56 Aktuell steckt NRW fest in einem Deregulierungs-Mantra , in dem
57 Wirtschaftswachstum auf Kosten von Artenvielfalt, Natur, Klima und
58 gesundheitlicher Folgen für die Menschen in NRW gefördert werden soll. Dabei
59 sind die Bürger*innen, Teile der Wirtschaft und viele Kommunen längst weiter und
60 fordern: Nur wenn wir die natürlichen Lebensgrundlagen erhalten, sichern wir
61 mittel- und langfristig Wohlstand in unserem Industrieland und garantieren die
62 Grundlagen für ein Leben in Freiheit und Würde. Anstatt Wirtschaft und Umwelt
63 gegeneinander auszuspielen, benennen wir GRÜNE Wege, damit sich Umwelt-, Natur-
64 und Klimaschutz für alle auszahlt und wirksam wird. Wir wollen, dass unsere
65 Industrie und Landwirtschaft mit der Natur wirtschaften und dass unsere
66 Wirtschaft zu einem Kreislauf wird, in dem Ressourcen wiederverwendet werden.

67 Neue Technologien und die Digitalisierung können uns ebenfalls helfen
68 nachhaltiger und gesünder zu leben und zu wirtschaften, wenn sie von klaren
69 gesetzlichen Leitplanken gelenkt werden. Technologien werden grundlegende
70 Veränderungen und schnelles Handeln aber nicht ersetzen, sondern nur ergänzen
71 können. Lange war NRW Vorreiterin in Sachen Umwelttechnologien. Wir sind
72 überzeugt: Es ist ein Standortvorteil, die sauberste Industrie zu haben.

73 Wir GRÜNE stehen für eine Politik, die der Natur mehr Raum gibt – in der Stadt
74 und auf dem Land. Und wir geben dem Umwelt-, Natur- und Artenschutz in
75 Nordrhein-Westfalen den Wert, der ihm gebührt: Politische Aufmerksamkeit,
76 wirksamen gesetzlichen Schutz, ausreichend finanzielle Mittel, wirksame
77 Strukturen und ausreichend qualifiziertes Personal für die Umweltverwaltung
78 sowie Unterstützung der vielen ehrenamtlichen Klima- und Naturschützer*innen in
79 unserem Land.

80 **Weitsichtige Politik für Natur- und Artenschutz**

81 Der Verlust an Tier- und Pflanzenarten und an naturnahen Lebensräumen spitzt
82 sich jedes Jahr global wie in Nordrhein-Westfalen weiter zu. Wir stehen weltweit
83 mitten im sechsten großen Massenaussterben der Erdgeschichte - diesmal vom
84 Menschen verursacht. Selbst in den meisten Schutzgebieten, in denen Natur
85 Vorrang haben soll , geht die Artenvielfalt dramatisch zurück . Viele Arten
86 sterben zudem unerkannt, weil sie schlicht noch nicht entdeckt wurden.

87 Mit dem dramatischen Rückgang der Insekten gehen Arten in den Nahrungsnetzen für
88 Vögel, Frösche, Eidechsen und Säugetiere unwiederbringlich verloren. Gewachsene
89 Ökosysteme brechen zusammen. Flächenverbrauch, intensive Land- und
90 Forstwirtschaft sowie ungenügender Schutz in Schutzgebieten setzen Vögeln,
91 Amphibien, Säugetieren und Pflanzen zudem direkt zu.

92 Intakte Ökosysteme verhindern die Ausbreitung von Schädlingen und
93 Krankheitserregern. Die aktuelle Corona-Pandemie ist ein besonders
94 schwerwiegendes Beispiel für die Bedeutung von Zoonosen, die inzwischen für ca.
95 3/4 der Infektionskrankheiten bei Menschen verantwortlich sind. Wir fordern den
96 one-health-Ansatz (die systematische Zusammenarbeit von Human-, Veterinärmedizin
97 und Umweltwissenschaft) in NRW zu stärken.

98 Für uns GRÜNE ist der Natur- und Artenschutz Teil grundlegend. Deswegen
99 unterstützen wir von Anfang an mit voller Überzeugung die Volksinitiative
100 Artenvielfalt NRW. Denn anders als bei früheren Massenaussterben der
101 Erdgeschichte haben wir Menschen es selbst in der Hand unsere Ökosysteme zu
102 schützen. Die Lösungen liegen auf dem Tisch. Wir GRÜNE arbeiten mit den vielen
103 Verbündeten in den Umwelt- und Naturschutzorganisation gemeinsam daran, unsere
104 Artenvielfalt und unsere natürlichen Lebensräume zu bewahren:

105 • Flächenfraß ist eine wesentliche Ursache des Artensterbens. Jeden Tag
106 gehen in NRW ca. zehn Hektar Fläche unter Beton und durch Abgrabungen im
107 Tage- und Kiesabbau verloren. Gerade auch landwirtschaftlich nutzbare
108 Flächen gehen verloren, und sorgen damit für steigende Pachtpreise für die
109 Landwirt*innen und verschlimmern so das Höfesterben. Wir GRÜNE setzen uns
110 kurzfristig für die Wiederaufnahme des 5-Hektar-Ziels ein, das von
111 Schwarz-Gelb aus dem Landesentwicklungsplan gestrichen wurde. Bis
112 spätestens 2035 wollen wir den Flächenverbrauch auf netto null absenken
113 und dafür eine wirksame Strategie, inklusive einer
114 Flächenversiegelungsabgabe, operative Ziele und konkrete Maßnahmen
115 erarbeiten. Wir setzen uns für ein neues Flächenausgleichsmodell ein, in
116 der die ökologische Qualität der Kompensationsfläche einen höheren
117 Stellenwert enthält. Mit einem "Kies-Euro" und einer
118 Flächenversiegelungsabgabe schaffen wir finanzielle Anreize zur
119 Verringerung von Flächen- und Rohstoffverbrauch.

120 • Wir schaffen einen übergreifenden Biotopverbund für NRW. Grünland, Wälder,
121 ausreichend breite Gewässerrandstreifen und andere Strukturen sollen die
122 blau-grünen Verbindungsachsen zur Verbreitung vieler Tier- und
123 Pflanzenarten bilden.

124 • Durch einen Nationalpark in der Senne und neue Schutzgebiete schaffen wir
125 zusätzliche Schutzräume für gefährdete Arten. Wo immer möglich, müssen
126 Schutzgebiete verbunden und größere Biotop-Systeme hergestellt werden. Wir
127 wollen mit Förderprogrammen Anreize und Vorgaben für den Erhalt
128 unterschiedlicher Lebensraumtypen schaffen. Mit der Wiedereinführung des
129 Landschaftsprogramms werden wir eine landesweite Konzeption für Biotop-
130 und Artenschutz mit verbindlichen Vorgaben für die Regionalpläne schaffen.

- 131 Das Vorkaufsrecht für Schutzgebietsflächen für Naturschutzverbände muss
132 endlich umgesetzt werden.
- 133 • Die Biodiversitätsstrategie NRW ist ein wichtiges Instrument für den
134 Naturschutz in NRW. Wir führen sie fort und überarbeiten sie. Dabei
135 aktualisieren wir ihre Ziele vor dem Hintergrund neuer
136 naturwissenschaftlicher Daten. Gleichzeitig müssen erste Maßnahmen
137 umgesetzt und die Biodiversitätsstrategie mit einem konkreten
138 Maßnahmenprogramm „Landesprogramm Biologische Vielfalt“ unterlegt werden.
 - 139 • Das Wolfsmanagement muss auf gleicher Augenhöhe von Ökologie und
140 Weidetierhaltung verbessert werden. Die Wiederbesiedlung unseres
141 Bundeslandes durch den Wolf kann als ökologischer Erfolg verbucht werden.
142 Gleichzeitig gehen mit der Rückkehr dieser Art wachsende Gefahren für
143 Weidetiere und Tiere der Hobbytierhaltung als potenzielle Beutetiere
144 einher. Die bislang getroffenen Regelungen zum Wolfsmanagement in NRW
145 müssen vor diesem Hintergrund als unzureichend bewertet werden. Ziel allen
146 Handelns muss ein möglichst konfliktfreies bzw. -armes Miteinander von
147 Wolf und Mensch sein. Weidetierhaltung muss nach Meinung der GRÜNEN auch
148 in Zukunft möglich sein. Sie darf weder an Ängsten noch an fehlenden
149 finanziellen oder personellen Ressourcen scheitern.
 - 150 • Bestehende Schutzgebiete wollen wir besser schützen. Das gelingt durch ein
151 Verbot chemisch-synthetischer Pestizide und Mineraldünger in
152 Schutzgebieten, durch ausgedehnte Pufferstreifen und eine artenfreundliche
153 Bewirtschaftung. Wir fördern gezielt eine vielfältige Landschaftsstruktur
154 von Hecken, Säumen, Brachen oder Kleingewässern und schaffen so eine
155 artenreiche Landschaft mit vielfältigen Lebensräumen.
 - 156 • Auch in den Dörfern und Städten gilt es die Artenvielfalt zu schützen und
157 zu stärken. Dafür setzen wir u.a. auf Nachverdichtung und
158 Flächenrecycling, auf begrünte Fassaden und Dächer, starke kommunale
159 Baumschutzsatzungen und einen wirksamen Ausschluss von sogenannten
160 Schottergärten in der Landesbauordnung. Die unsachgemäße Anwendung von
161 Pestiziden im Privatbereich ist ein großes Problem. Daher wollen wir den
162 Einsatz auf ein absolutes Minimum beschränken. Den Herbizideinsatz wollen
163 wir sowohl im privaten nicht-landwirtschaftlichen als auch im öffentlichen
164 Bereich vollständig beenden.
 - 165 • Neben dem Flächenfraß befeuern auch extrem intensive Formen der
166 Bewirtschaftung das Artensterben – und hier insbesondere der übermäßige
167 Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden und Düngemitteln sowie
168 Eintönigkeit auf dem Acker durch viel zu enge Fruchtfolgen. Wir fordern
169 vom Bund ein verbindliches und kurzfristig wirkendes
170 Pestizidreduktionsprogramm, mit dem der Pestizideinsatz in einem ersten
171 Schritt schnell halbiert werden kann. Die Anwendung von für die
172 Artenvielfalt kritischen Pestiziden werden wir beenden. Wo Mehrkosten
173 anfallen, wollen wir die Landwirt*innen mit Förder- und
174 Ausgleichskonzepten unterstützen. NRW muss sich auf Bundesebene für ein
175 Exportverbot von in der EU nicht zugelassenen Pestiziden einsetzen. Die
176 NRW-Politik muss sich zudem endlich auf Bundes- und EU-Ebene für
177 veränderte Zulassungsverfahren für chemisch-synthetische Pestizide stark

- 178 machen, die die Auswirkungen auf die Natur und Gesundheit stärker
179 berücksichtigen. Unser Ziel ist eine strukturreichen und bäuerliche
180 Landwirtschaft, die ressourcenschonend, naturverträglich und am Leitbild
181 der ökologischen Landwirtschaft orientiert ist mit ihren Prinzipien der
182 Tiergerechtigkeit, Gentechnikfreiheit und dem Verzicht auf chemisch-
183 synthetische Pestizide.
- 184 • Wir unterstützen gesunde Ernährung und den Absatz regionaler und
185 ökologisch erzeugter Produkte mit dem Gesunde-Kantinen-Programm für
186 öffentliche Einrichtungen wie Kitas, Schulen, Krankenhäuser, Universitäten
187 und Verwaltung. Damit wollen wir die Verwendung ökologisch produzierter
188 Lebensmittel auf mindestens 20 Prozent steigern. Klar ist für uns: Eine
189 naturverträgliche Landwirtschaft hat ihren Preis – wir wollen deshalb über
190 den Absatz in öffentlichen Einrichtungen Bäuerinnen und Bauern auch fair
191 dafür entlohnen, dass sie Rücksicht auf Umwelt und Natur nehmen.
 - 192 • Öffentliches Geld für öffentliche Güter: Wir setzen auf Förderung und
193 konkrete Anreizsysteme für den Umstieg in eine insekten- und
194 vogelfreundliche und naturverträgliche Landwirtschaft mit
195 stickstoffreduzierter Bewirtschaftung und artenfreundlichen Anbaumethoden.
196 Gerade kleine Feldeinheiten sind gut für die Artenvielfalt. Deswegen ist
197 es umso wichtiger, dass wir das Sterben der kleinen Höfe stoppen. Dafür
198 setzen wir uns auch bei den Verhandlungen zur EU-Agrarreform ein. Auch die
199 Forschung für naturverträgliche landwirtschaftliche Methoden braucht mehr
200 Unterstützung.
 - 201 • Um entstandene Monokulturen bei Mais und anderen Energiepflanzen
202 abzubauen, muss deren Einsatz in Biogasanlagen durch Wildpflanzen,
203 Reststoffe und Landschaftspflegematerial ersetzt werden. Hierfür müssen
204 die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen geschaffen und
205 Fördermaßnahmen aufgesetzt werden.
 - 206 • Bei regenerativen Energieformen geraten Artenschutz und Klimaschutz unter
207 Umständen in Konflikt. Beide Ziele sind jedoch eng miteinander verbunden,
208 die Klimakrise heizt das Artensterben an, intakte Ökosysteme dienen als
209 natürliche CO₂-Senken und sind widerstandsfähiger gegen Klimaänderungen.
210 Klima- und Artenschutz gelingen nur gemeinsam. Die Umsetzung der
211 Energiewende gelingt dann gut, wenn der Naturschutz frühzeitig beteiligt
212 und artenschutzrechtliche Belange transparent, gründlich geprüft und
213 berücksichtigt werden. Die Instrumente sind so weiterzuentwickeln, dass
214 der Prüfaufwand und die Prüfzeit einem ausreichenden Kapazitätsaufbau von
215 erneuerbaren Energien nicht strukturell im Wege steht.
 - 216 • Wir halten Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlich genutzten Flächen
217 dort für sinnvoll, wo bei der Pflanzenproduktion, z.B. bei Sonderkulturen,
218 oder der Tierhaltung signifikante Vorteile durch den Mehrfachnutzen der
219 Überdachung (Beschattung, Wind- und Regenschutz) erzielt werden und wenn
220 dabei Natur und Landschaftsbild nur wenig beeinträchtigt werden.
 - 221 • Nicht zuletzt braucht es für den Artenschutz die Unterstützung jedes*r
222 Einzelnen. Daher setzen wir uns für eine zielgerichtete
223 Aufklärungskampagne zum Artenschutz und den Möglichkeiten jedes*r

224 Einzelnen ein. Die Volksinitiative Artenvielfalt NRW bietet dafür einen
225 hervorragenden Anknüpfungspunkt. Auch in der Schule müssen ökologische
226 Zusammenhänge und Wissen über die Natur und ihres Schutzwertes breiter,
227 intensiver und praktischer gelernt werden - im Sinne der Bildung für
228 nachhaltige Entwicklung.

229 • Die Biodiversitätsstrategie lässt sich nur mithilfe eines systematischen
230 Monitorings der Arten und deren Lebensräume umsetzen. Mit dem Netzwerk
231 von rund 40 Biologischen Stationen besitzt NRW dafür kompetente
232 Einrichtungen, die landesweite Koordination erfolgt durch das LANUV. Diese
233 Struktur benötigt eine bessere finanzielle Ausstattung. Gleichzeitig
234 wollen wir
235 die Vernetzung mit dem Zentrum für Biodiversitätsmonitoring in Bonn
236 stärken.

237 **Klima- UND Naturschutz - mit besserer** 238 **Beteiligung und Planung und klarer Raumzuweisung**

239 Natur- und Artenschutz braucht Klimaschutz und umgekehrt. Die Klimakrise heizt
240 das Artensterben und den Verlust von Lebensräumen an; intakte Ökosysteme
241 wiederum dienen als natürliche CO₂-Senken und sind widerstandsfähiger gegen
242 Klimaänderungen. NRW kann seine Klimaziele nur dann erreichen, wenn wir Tempo
243 machen beim Ausbau erneuerbaren Energien und der Mobilitätswende. Das wollen wir
244 mit schnellerer, besserer und verlässlicher Planung voranbringen. Wir wollen
245 eine Planungskultur erreichen, die Umweltregulierung nicht als Fesseln wahrnimmt
246 sowie Bürger*innen und Umweltverbände nicht als „Planungs-Bremser“ abwertet,
247 sondern als Ideengeber wertschätzt. Und wir sind überzeugt: Konflikte zwischen
248 dem Ausbau klimanotwendiger Infrastruktur auf der einen und Natur- und
249 Artenschutz auf der anderen Seite sind kein Naturgesetz. Sie können durch
250 vorausschauende, klare und verbindliche Vorgaben und Maßnahmen auf Bundes- und
251 Landesebene miteinander versöhnt werden.

252 • mit einer Personal- und Nachwuchsoffensive für Planungs- und
253 Genehmigungsbehörden sowie Gerichte sorgen wir dafür, dass Verfahren
254 messbar schneller werden. Wir wirken dem Fachkräftemangel in diesen
255 Behörden entgegen: mit ausreichend Möglichkeiten der Weiterqualifikation,
256 neuen Ausbildungswegen und mehr finanziellen Ressourcen.

257 • wir schaffen verbindliche, frühzeitige, echte und durchgängige
258 Bürger*innenbeteiligung für Infrastrukturprojekte. Zu wichtigen
259 Grundsatzentscheidungen setzen wir auf das Instrument der
260 Bürger*innenräte. Entscheidungen über Konflikte können durch
261 parlamentarische Beteiligung aufgewertet und beschleunigt werden. Wir
262 setzen auf verbindliche Bürger*innenbeteiligung nach einheitlichen
263 Qualitätsstandards und ausreichend finanzielle Bundes- und Landesmittel
264 für Beteiligungsverfahren.

265 • Wir wollen eine Aufwertung statt einer Aufweichung von
266 Umweltverträglichkeitsprüfungen: Umwelt- und insbesondere auch
267 Klimaverträglichkeit von Planungsvorhaben müssen früher im Verfahren, etwa
268 bei der Aufstellung des Bundesverkehrswegeplans, geprüft werden. Dann

- 269 können auch im folgenden Verfahren im Sinne der „Abschichtung“ einzelne
270 Umweltuntersuchungen entfallen. Die Erfahrungen und die Expertise von
271 Naturschutz- und Umweltverbänden wollen wir stärker würdigen und eine
272 Nutzung vertraglich regeln.
- 273 • Starre Abstandsregelungen für Windenergie, wie die der schwarz-gelbe
274 Landesregierung, lähmen die Energiewende und befrieden Zielkonflikte
275 nicht. Bürgerwindkraft kann ein Instrument sein, Konflikte vor Ort
276 aufzulösen. Wir setzen auf Vorranggebiete von bis zu 2 Prozent der
277 Landesfläche für Windenergie und andere regenerative Energien, basierend
278 auf einer Bund-Länder-übergreifenden Bedarfsplanung. Dabei sind
279 Schwerpunktorkommen (“Dichtezentren”) besonders konflikträchtiger,
280 windenergiesensibler Arten von vornherein aus die Vorranggebieten
281 auszuschließen. Es braucht koordinierte Schutzprogramme, damit sich
282 Erhaltungszustand der Population der betroffenen Tierarten insgesamt (also
283 auch außerhalb des Ausbaugesbietes) nicht verschlechtert. So können z.B.
284 durch eine Stärkung der Population in frei gehaltenen Dichtezentren die
285 negative Auswirkung von Einzelvorhaben in Windeignungsgebieten vor dem
286 Eingriff kompensiert werden. Hinzu kommen weitere planungsrechtliche und
287 technische Verbesserungen, um die Umsetzung dieses Grundprinzips zu
288 ermöglichen.
 - 289 • Repowering von Windkraftanlagen muss genutzt werden, um eine gewisse
290 Anlagenneuordnung zu gestalten. Anlagen, die aus naturschutzrechtlicher
291 Sicht an besonders kritischen Standorten stehen, werden stillgelegt, im
292 Gegenzug werden andere Anlagen an weniger kritischen Standorten
293 begünstigt.
 - 294 • Auch technische Lösungen sollen dabei helfen, den Natur- und Klimaschutz
295 gemeinsam zu erreichen. Vorbild sind hier u.a. das Realtime-Monitoring mit
296 Abschaltautomatik bei Greifvögeln oder Fledermäusen in USA und Frankreich
 - 297 • Wir wollen Solar sowie bei zu renovierenden Altbauten als Standard
298 verankern, um durch die Nutzung vorhandener Gebäude-Potenziale auch den
299 Druck auf die Freiflächen zu senken. Die Nutzung von Solarenergie soll
300 dabei, wo möglich, mit Gründächern kombiniert werden.
 - 301 • Intakte Moore und Feuchtgebiete liefern einen bedeutenden Beitrag zur CO₂-
302 Minderung. Wir wollen daher den Wasserhaushalt dieser Lebensräume deutlich
303 verbessern. Auch Grünland mit seinem weiträumigen Wurzelgeflecht ist ein
304 wichtiger CO₂-Speicher.

305 **Wir brauchen eine Waldwende!**

306 Die Auswirkungen der Klimakrise sind in unseren Wäldern besonders sichtbar.
307 Ansteigende Durchschnittstemperaturen, mehr Sturmereignisse und immer länger
308 anhaltende Trockenphasen sorgen für Klima-Dauerstress. Klimaschutz ist somit
309 auch Waldschutz!

310 Wir wollen gemeinsam mit den Waldbesitzer*innen unsere Wälder wieder zukunftsfit
311 machen. Dafür braucht es eine Waldwende hin zu einer naturnahen
312 Waldbewirtschaftung und klimaresistenten, v.a. natürlich entwickelten Wäldern.

313 Wälder sind als CO₂-Senke unerlässlich, auch um zu erreichen, dass die
314 Erderwärmung 1,5 Grad nicht übersteigt. Deshalb verdienen Wälder unseren
315 besonderen Schutz. Auch für den Gewässer- und Trinkwasserschutz, das Mikroklima
316 und die Luftreinhaltung, zur Förderung der Biodiversität sowie als Lebens- und
317 Erholungsraum ist der Wald unentbehrlich. Um zu erhalten was uns erhält, braucht
318 es daher eine Stärkung des Waldnaturschutzes.

319 • Das aktuelle Waldbaukonzept wird den Herausforderungen in keiner Weise
320 gerecht und steuert die Waldbesitzer*innen weiter in die Krise. Wir wollen
321 es durch ein Waldentwicklungskonzept ersetzen, in dem die natürliche
322 Waldentwicklung, statt einer flächendeckenden Wiederaufforstung, Vorrang
323 hat. Das Belassen von Totholz und die Wiedervernässung entwässerter
324 Standorte wird zum Standard. Dieses Konzept wird für landeseigene Wälder
325 sofort umgesetzt und Maßstab für die zukünftige Förderkulisse – nach dem
326 Prinzip öffentliche Gelder für öffentliche Güter. Zusätzlich braucht es
327 mehr Konzepte und Unterstützungen, um Waldbesitzer*innen bei dieser Wende
328 nicht alleine zu lassen. Eine Sicherung naturnaher Waldlandschaften durch
329 Stärkung des Vertragsnaturschutzes im Wald ist hier nur eine Möglichkeit.

330 • Wir unterstützen die Forderung der Volksinitiative Artenschutz, dass das
331 Land Nordrhein-Westfalen in seinen Staatswäldern Vorreiter für eine
332 natürliche Waldentwicklung und Artenvielfalt wird. Mit geeigneten
333 Landesprogrammen für kommunale und private Waldbesitzer*innen setzen wir
334 zudem Anreize, bis zum Jahr 2030 10 Prozent der Gesamtwaldfläche des
335 Landes aus der forstlichen Nutzung zu nehmen.

336 • Viele Forstämter und Forstbetriebe arbeiten mittlerweile erfolgreich
337 entlang von Leitlinien, die den Aufbau eines klimaresilienten Dauerwaldes
338 zum Ziel haben. Diese Leitlinien zur „guten fachlichen Praxis“ im Wald zu
339 entwickeln und entsprechend in Waldgesetzgebung und Förderprogramme
340 aufzunehmen, ist unser Ziel. Damit einhergehend ist eine Bewertung der
341 Ökosystemleistungen der Wälder vorzunehmen, um die Leistungen der Wälder
342 angemessen honorieren zu können.

343 • Im Zuge der klimatischen Veränderungen kam es in NRW zuletzt zu einer
344 vergleichsweise hohen Anzahl an Waldbränden. Im Zuge der Klimakrise wird
345 sich dieses Risiko weiter erhöhen. Auch im Sinne der Waldbrandprävention
346 muss die Waldwende hin zu naturnahen sowie arten- und strukturreichen
347 Wäldern deshalb Ziel der nordrhein-westfälischen Waldwirtschaft sein. Um
348 das Brandrisiko einschätzen und reduzieren zu können, braucht es
349 zusätzlich ein Waldbrandkonzept für NRW, das die besonders gefährdete
350 Waldflächen erfasst und die ergriffenen Schutzmaßnahmen prüft.

351 • Dürre, Trockenheit und den Borkenkäferbefall haben bereits riesige
352 Kahlflächen in den Forsten verursacht. Wir fordern ein nachhaltig
353 aufgestelltes Konzept, in dem die Naturverjüngung und natürliche
354 Waldentwicklung im Vordergrund stehen. Dieses muss entsprechend mit den
355 Ökolog*innen sowie Waldfachleuten in NRW abgestimmt werden. Schließlich
356 sind inzwischen auch Baumarten von der Klimakrise betroffen, denen
357 hinsichtlich des Waldumbaus hin zu mehr Klimaresilienz bisher eine große
358 Rolle zugesprochen wurde. Daher braucht es diese Konzepte mit
359 Vorbildcharakter, bei deren Umsetzung auch der Privatwald mit einbezogen

360 werden sollte. Um die Irrtümer der Vergangenheit nicht zu wiederholen,
361 sollten Alternativ-Baumarten nur sehr vorsichtig und anteilmäßig sehr
362 begrenzt eingesetzt werden. Weiterhin sind Strukturen zu schaffen, um
363 Waldeigentümer*innen unter Berücksichtigung der jeweiligen
364 Standortbedingungen qualifiziert zu beraten. Bildung, Ausbildung und
365 Beratung zu waldböologischen und waldbaulichen Themen müssen einen höheren
366 Stellenwert bekommen.

- 367 • Der Waldumbau gelingt nur mit den Waldeigentümer*innen zusammen. Wir
368 wollen geeignete Förder- und Beratungsinstrumente schaffen, die den
369 Waldumbau zu einer naturgemäßen Waldwirtschaft vorantreiben.
370 Forstbetriebsgemeinschaften und forstliche Zusammenschlüsse wie
371 Waldgenossenschaften sind sehr gut geeignet, um die Potenziale kleiner
372 privater Waldflächen besser zu erschließen und die Waldbesitzer*innen
373 fachlich und wirtschaftlich zu unterstützen
- 374 • Für die Zukunft gilt es auch, dem Waldboden mehr Aufmerksamkeit zu widmen.
375 Je weniger der Boden von Menschen und schwerem Gerät beeinflusst ist, umso
376 widerstandsfähiger und stabiler wird das sich entwickelnde Waldökosystem
377 sein. So sollte beispielsweise auf Kahlschläge verzichtet werden.
- 378 • Wir wollen Maßnahmen entwickeln, damit Wildbestände stärker reguliert und
379 an ein walddverträgliches Maß angepasst werden.
- 380 • Holz ist ein wertvoller Rohstoff. Im Gegensatz zu vielen anderen Bau- und
381 Werkstoffen, die wir nutzen, wächst er nach. Gleichzeitig kann Holz über
382 Jahrzehnte CO₂ binden und so zum Klimaschutz beitragen. Deshalb wollen
383 wir in Zukunft auf den Baustoff Holz aus unseren heimischen Wäldern
384 setzen. Öffentliche Gebäude können eine Vorreiterrolle einnehmen und
385 anstatt mit Kies und Zement verstärkt aus Laub- und Nadelholz erbaut
386 werden. Wir wollen hier entsprechende Anreize setzen und auch die
387 Erforschung der Verwendung von Holz im Baugewerbe stärker unterstützen.
- 388 • Auf die Verbrennung des wertvollen Rohstoffs Holz in Kraftwerken ist zu
389 verzichten.

390 Saubere Luft zum Atmen

391 Saubere Luft zum Atmen ist Grundlage für unsere Gesundheit. Doch tatsächlich
392 enthält unsere Luft vielerorts mehr Stickoxide, Treibhausgase oder Feinstaub als
393 gesundheitlich vertretbar und gesetzlich erlaubt. Saubere Luft ist nicht zuletzt
394 eine Frage der sozialen Gerechtigkeit – denn viele Menschen können aus
395 finanziellen Gründen schlicht nichts daran ändern, dass sie an einer
396 vielbefahrenen Straße oder in der Nähe von ammoniakbelasteten
397 Tierhaltungsanlagen leben. Jedes Jahr sterben in Deutschland allein mehr als
398 70.000 Menschen vorzeitig an den gesundheitlichen Folgen der Luftverschmutzung.
399 Die Wissenschaft ist eindeutig: Wer dauernd Luftverschmutzung ausgesetzt ist,
400 ist durch die Belastung der Atemwege und Blutgefäße besonders anfällig für
401 schwere Atemwegserkrankungen. Immer mehr Studien zeigen auch: Wer tagtäglich
402 unter schlechter Luft leidet, erkrankt schwerer an Covid-19 und hat somit ein
403 höheres Risiko daran zu versterben..

404 Wo die schmutzige Luft herkommt, wissen wir: der Verkehr, die industrielle
405 Landwirtschaft und Kohlekraftwerke sind unter anderem die Hauptquellen für
406 gesundheitsschädliche Emissionen – und es gibt Wege, diese Emissionen zu senken.
407 Für uns GRÜNE ist klar: Gesundheit für Mensch und Natur hat Vorrang. Die
408 Überschreitung von Grenzwerten ist keine Bagatelle, sondern erfordert, dass wir
409 gegensteuern – denn die Mittel dazu haben wir in der Hand:

- 410 • Wir setzen auf schadstofffreien, emissionsfreien Verkehr: Busse, Bahnen,
411 Fuß- und Radverkehr erhalten Vorrang. Wir schaffen eine Mobilitätsgarantie
412 für jedes Dorf und setzen auf geteilte und emissionsarme Mobilität. Auf
413 Bundesebene setzen wir uns weiterhin für Tempo 120, die Nachrüstung von
414 Diesel-Hardware, die blaue Plakette und das Ende des Verbrennungsmotors
415 ein. Mit mehr Stadtgrün und weniger versiegelten Flächen wirken wir der
416 Luftverschmutzung entgegen.
- 417 • Wir senken die Emissionen aus der intensiven Landwirtschaft, indem wir die
418 bäuerliche Landwirtschaft stärken und naturverträglicher machen. Wir
419 wollen eine Düngeverordnung, die den Schutz von Wasser, Boden und Luft
420 sicherstellt und sorgen dafür, dass das Düngerecht konsequent vollzogen
421 wird. Wir setzen die Nachrüstung mit Filtertechnik in großen Ställen durch
422 und stellen uns gegen den Bau weiterer überdimensionierter Mastanlagen.
423 Mittelfristig reduzieren wir den Viehbestand auf ein umwelt- und
424 tierverträgliches Maß von maximal 2 Großvieheinheiten pro Hektar.
- 425 • Wir setzen auf einen schnellen Kohleausstieg bis spätestens 2030 und den
426 Ausbau der emissionsfreien erneuerbaren Energien. Nicht nur aus
427 Klimaschutzgründen ist ein schnelleres Abschalten der Kohlekraftwerke in
428 NRW geboten – sie stoßen auch Quecksilber und weitere
429 gesundheitsbelastende Stoffe aus. Bis die letzten Kohlekraftwerke vom Netz
430 gehen, werden wir uns weiter dafür einsetzen, die technischen
431 Möglichkeiten durch Filteranlagen voll auszuschöpfen. Deutschland leistet
432 sich derzeit im EU-Vergleich völlig unzureichende Grenzwerte beim
433 Quecksilberausstoß und verspielt damit auch die Chance, Technologieführer
434 für Umwelttechnik zu werden.
- 435 • Noch immer wissen wir zu wenig über die tatsächliche Belastung dort, wo
436 Menschen wohnen. Daher fordern wir mehr Messstellen und häufigere
437 Messungen in direkter Nähe zu Wohnbebauung. Um die tatsächliche
438 Verschmutzung durch den Flugverkehr und Schifffahrt zu erfassen, setzen
439 wir ein Programm zum stärkeren Monitoring an Häfen und Flughäfen auf, das
440 insbesondere die Verschmutzung durch hochgefährliche Ultrafeinstäube eng
441 überwachen soll. Pilotstudien auch an Flughäfen in NRW zeigen, dass die
442 Belastung durch Ultrafeinstäube, die anders als bisher systematisch
443 gemessene Feinstäube (PM2.5, PM10) bis in die tiefsten Lungenregionen
444 eindringen, systematisch unterschätzt wird. Wir wollen die Zusammenhänge
445 zwischen Umwelt, Gesundheit und sozialer Lage deutlich machen. Dafür
446 streben wir eine ganzheitliche Berichterstattung an, die bereits
447 vorhandenen Berichte in diesen drei Bereichen miteinander kombiniert und
448 Kommunen als Hilfestellung für Entscheidungsfindungen dient.

449 **Grüner Plan gegen Lärm**

450 Lärm erzeugt Stress und macht langfristig krank. 1,4 Mio. Menschen sind in NRW
451 gesundheitsschädlichem Lärm ausgesetzt. Die Hauptquelle des Lärms in NRW ist der
452 Verkehr. Dabei geht es auch leiser. Bei allen Einschränkungen hat uns der
453 Corona-Lockdown kurzzeitig gezeigt, wie lebenswert eine Welt mit viel weniger
454 Verkehrslärm sein kann.

- 455 • Lärm lässt sich schnell und wirksam durch Geschwindigkeitsbeschränkungen
456 reduzieren. Wir drängen die Landesregierung, ein Tempolimit im Bund
457 anzustoßen und zu unterstützen und bis zur flächendeckenden Einführung
458 entsprechende Modellversuche auf Autobahnen in NRW zu starten. Innerorts
459 setzen wir uns für Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit ein und auf
460 Landstraßen für Tempo 80, um Anwohner*innen zu schützen
- 461 • Wir fordern klare Lärm-Grenzwerte für Autos und Motorräder. Verstöße
462 müssen geahndet und mit effektiven Bußgeldern belegt werden.
- 463 • Noch immer ist im Bundesverkehrswegeplan der Neu- und Ausbau von
464 Autobahnen und Bundesstraßen geplant – die Folge wäre noch mehr Lärm. Wir
465 wollen ein Klima-Moratorium für diese Projekte, die in Zukunft auch mehr
466 Lärm bedeuten.
- 467 • Lärmschutz ist ein Recht, das allen Bürger*innen zusteht. Deshalb gewähren
468 wir Anwohner*innen bestehender Straßen- und Schienenwege denselben
469 Anspruch wie den Bürger*innen an Neubaustrecken.
- 470 • Wir reduzieren Fluglärm: Je lauter ein Flugzeug, desto höher das
471 Flughafen-Entgelt. Das setzt Anreize für lärmarme Technologien. Wir
472 drängen auf eine strengere Handhabe bei den bestehenden Nachtrandzeiten
473 und Nachtflugverboten. Wir wollen keine neu zugelassenen nächtlichen
474 Fracht- und Passagierflüge. An keinem NRW-Flughafen ist ein weiterer
475 Ausbau verkehrspolitisch erforderlich und klimapolitisch vertretbar. Wir
476 werden Alternativen zum Fliegen fördern und lehnen öffentliche Förderungen
477 von unwirtschaftlichen Flughäfen ab.

478

479 **Gutes Licht für Mensch und Natur**

480 In unseren Städten und Dörfern wird es nachts nicht mehr richtig dunkel. Diese
481 Lichtverschmutzung ist nicht nur ein Problem für unseren gesunden Schlaf,
482 sondern auch für die biologische Vielfalt. Mit dem Verlust der Dunkelheit
483 verlieren die nachtaktiven Tiere ihren Lebensraum. Wir werden dafür sorgen, dass
484 Aussenbeleuchtungen so gestaltet werden, dass sie den notwendigen Schutz bieten
485 und negative Auswirkungen aus Mensch und Umwelt minimieren.

486 **Sauberes Wasser ist Leben**

487 Sauberes und in ausreichender Menge vorhandenes Wasser ist die Grundlage
488 jeglichen Lebens auf der Erde. Die Herausforderungen für rückstandsfreie und

489 unbelastetes Gewässer im bevölkerungsreichen NRW sind groß. Hinzu kommt die
490 starke industrielle wie auch landwirtschaftliche Nutzung, die sich längst auch
491 in unseren Gewässern niederschlägt. Für uns hat es höchste Priorität, unser
492 Lebensmittel Nummer eins besser zu schützen.

493 Neben der Herausforderung, Gewässer vor Einträgen zu schützen und somit eine
494 hohe Qualität zu gewährleisten, werden auch die Auswirkungen der Klimakrise
495 zunehmend spürbar. Die zurückliegenden Hitzesommer haben gezeigt, welche Folgen
496 extreme, langanhaltende Trockenperioden auch auf die Gewässer in NRW haben
497 können. Wir GRÜNE wollen eine „Zukunftsstrategie Wasser“. Damit können wir
498 Wasser-Verfügbarkeiten ermitteln und besser auf die Auswirkungen der
499 klimatischen Veränderungen reagieren. Auch Maßnahmen zur Verteilung der
500 Wasserressourcen gilt es, hier festzuschreiben.

501 • Eine der größten Belastungen für unser Trinkwasser geht nach wie vor von
502 der hohen Belastung durch Nitrat aus, aber auch der Einsatz von Pestiziden
503 setzt unseren Gewässern zu. Jeder Meter mehr an Gewässerrandstreifen ist
504 ein Gewinn, um die Gewässer wirksamer vor diesen Eintragungen von Dünger,
505 Pestiziden und Co. zu schützen. Eine Reduzierung der Düngemittel kann das
506 natürliche Gleichgewicht und die Selbstreinigungskraft unserer Gewässer
507 wiederherstellen.

508 • Neben den stärker eingesetzten Mineraldüngern dominieren heute besonders
509 Dünger tierischer Herkunft in Form der aus strohlosen Haltungssystemen
510 stammenden Gülle. Der Stickstoff aus mineralischer Düngung und aus Gülle
511 ist leicht löslich und wandert schneller ins Grundwasser ab als der im
512 Festmist enthaltene Stickstoff. Für uns Grüne gehen Tierschutz und
513 Wasserschutz an dieser Stelle zusammen, denn nur artgerechte Tierhaltung
514 ist auch eine naturverträgliche Tierhaltung. Daher müssen Landwirt*innen
515 beim Schutz von Wasser und Umwelt stärker unterstützt und so nachhaltige
516 Formen der Landnutzung und Tierhaltung gefördert werden.

517 • Wir fordern eine konsequente Anwendung des Vorsorgeprinzips und der
518 Herstellerverantwortung für den gesamten Zufluss von Produkten. In der
519 Produktion sind Schadstoffe zu vermeiden und, soweit technisch und
520 wirtschaftlich möglich durch weniger schädliche Stoffe oder Verfahren zu
521 ersetzen. Der Eintrag von Schadstoffen in das Abwasser muss bereits an der
522 jeweiligen Quelle verhindert werden, wenn dies ökologisch und
523 gesamtwirtschaftlich vertretbar ist. Ein nachträgliches Entfernen aus dem
524 kommunalen Abwasser ist häufig, wenn auch nicht immer, aufwendiger,
525 kostspieliger und in der Regel nicht umfassend möglich. Auch das
526 Freisetzen umweltschädlicher Stoffe aus Produkten ist so weit wie möglich
527 zu unterbinden – idealerweise durch Verzicht auf derartige Substanzen. Die
528 bereits heute bei der Abwasser- und Trinkwasseraufbereitung anfallenden
529 Kosten werden bislang vollständig auf die Allgemeinheit der
530 Abwassererzeuger*innen und Trinkwassernutzer*innen umgelegt. Das ist
531 unfair und setzt keinen Anreiz, Schadstoffe zu reduzieren. Daher müssen
532 die Kosten in geeigneter und sozial verträglicher Weise den jeweiligen
533 Verursacher*innen zugeordnet werden, um Vermeidungsanreize zu schaffen.
534 Darüber hinaus sind die schon bestehenden Möglichkeiten des

535 Chemikalienrechts auszuschöpfen und die Verwendung besonders
536 besorgniserregender Substanzen perspektivisch zu beenden

537 • Zusätzlich fehlt bisher eine konkrete Vermeidungsstrategie zur Reduzierung
538 von Arzneimittelinträgen und anderen Mikroschadstoffen. Aufgrund des
539 steigenden Pro-Kopf-Verbrauchs von Medikamenten ist von einer Zunahme der
540 Arzneimittelrückstände im Abwasser in den nächsten Jahren auszugehen.
541 Industriechemikalien und andere Mikroschadstoffe können nur langfristig
542 durch das Chemikalienrecht reduziert werden. Um unsere Gewässer und Böden
543 schon heute als Lebensraum und Trinkwasserressource zu schützen, muss eine
544 Verbesserung der Klärtechnologie und die dafür notwendige Finanzierung
545 sichergestellt werden. Als Grundlage zur Entwicklung einer Strategie zum
546 besseren Schutz vor multiresistenten Keimen sind die bestehenden
547 Monitoringprogramme entsprechend zu erweitern.

548 • In den vergangenen Jahren haben die Erkenntnisse über das Vorkommen
549 verschiedenster Mikropartikel in unseren Gewässern zugenommen. Das
550 Vorkommen von Mikroplastik und den darin enthalten oder daran gebundenen
551 zahllosen Stoffen in unseren Gewässern hat Auswirkungen auf Mensch und
552 Umwelt, ist bislang jedoch noch nicht eingehend erforscht. Risiken für
553 Umwelt und Lebewesen müssen deshalb etwa bei der Herstellung von
554 Autoreifen und Kunststofftextilien verstärkt berücksichtigt werden. Wir
555 wollen die bestehenden chemikalienrechtlichen Möglichkeiten zur
556 Einschränkung von problematischen Stoffen konsequent durchsetzen und die
557 gezielte Verbreitung von Mikroplastik, z. B. in Kosmetika, Körperpflege-
558 oder Reinigungsmitteln unterbinden.

559 • Die schwarz-gelbe Landesregierung hat das Landeswassergesetz (LWG NRW)
560 geändert und damit den Gewässerschutz um Jahre zurückgeworfen. Allein das
561 Außerkraftsetzen des Abgrabungsverbots in Wasserschutzgebieten trägt zu
562 einer massiven Untergrabung des Wasserschutzes bei. Wo Wasserschutzgebiet
563 drauf steht, muss auch Wasserschutz drin sein. Zum Schutz unserer Gewässer
564 und Böden brauchen wir eine nachhaltige Rohstoffpolitik in NRW.

565 Flüsse natürlicher fließen lassen

566 • Wir wollen die Gewässer in NRW entfesseln. Derzeit blockieren viele
567 tausend Querbauwerke, Wehre und Schwellen die Flüsse und Bäche in NRW. Die
568 unnatürlichen Rückstaubereiche hinter vielen dieser Bauwerken erwärmen
569 sich, Sediment und Schlamm lagern sich ab, klimaschädliches Methan wird
570 produziert, Artenvielfalt und Lebensraum gehen verloren. Fische und andere
571 Wassertiere werden an ihrer Wanderung gehindert und zum Teil verletzt oder
572 sogar getötet.

573 • Um die Wasserkraftnutzung mit den Anforderungen der Wasserrahmenrichtlinie
574 in Einklang zu bringen, müssen insbesondere kleine Wasserkraftanlagen
575 unter ökologischen Aspekten weiterentwickelt werden. Fisch- und
576 fließgewässerfreundliche Wasserkraftwerke sollten bevorzugt werden und

577 können zur Verbesserung des Fließgewässers beitragen und gleichzeitig
578 einen Beitrag zur Stromerzeugung leisten.

- 579 • Die Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie muss so schnell wie
580 möglich abgeschlossen werden. Lebendige, durchgängige und naturnah
581 fließende Gewässer bilden mit ihren Auen wichtige Lebensräume für
582 verschiedene Arten und leisten daher einen unersetzlichen Beitrag zum
583 Erhalt der Biodiversität. Doch auch im Sinne des ökologischen
584 Hochwasserschutzes sowie der durch den Klimakrise bedingten Zunahme an
585 Starkregenereignissen, muss das Ziel einer naturnahen Gewässerentwicklung
586 stärker als bisher in der Regional- und Bauleitplanung verankert werden.
- 587 • Die Klimakrise zwingt uns zu einer Wende im Umgang mit Wasser. Das haben
588 die Dürrejahre 2018-2020 und erst recht das Extremhochwasser im Juli 2021
589 eindringlich gezeigt. Eine umfassende Neubewertung der
590 wasserwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Regelwerke auf allen
591 Ebenen ist erforderlich. Schon jetzt steigen die Nutzungskonflikte um das
592 Wasser und das Trockenfallen von feuchten Lebensräumen verschärft das
593 Artensterben. Anstatt die Landschaft weiter auszutrocknen, müssen wir das
594 Wasser in der Landschaft speichern. Das geht, wenn wir Moore, Auenwälder
595 und Feuchtwiesen renaturieren, weniger Flächen versiegeln,
596 landwirtschaftlich genutzt Flächen weniger stark entwässern und die
597 Speicherkapazitäten des Bodens erhöhen, etwa durch eine Waldwende. Durch
598 die Klimakrise werden Hochwasser wie im Sommer 2021 gesehen häufiger und
599 heftiger. Wir müssen den Gewässern mehr Raum geben und fördern dies durch
600 Entwicklung natürlicher Rückhalteräume.

601 **Bildung für nachhaltige Entwicklung**

602 Wir wollen eine breite Mehrheit der Bevölkerung für die international
603 vereinbarten Ziele einer nachhaltigen Entwicklung (sustainable development
604 goals, SDGs) und die zu ihrer Umsetzung notwendigen Schritte zu gewinnen. Dazu
605 ist die konsequente Implementierung und strukturelle Verankerung der Bildung für
606 nachhaltige Entwicklung (BNE) entlang der gesamten Bildungskette erforderlich.
607 Eine der Voraussetzung für die notwendige sozial-ökologische Transformation der
608 Gesellschaft ist es, Menschen aller Altersgruppen und aus allen sozialen Milieus
609 zu erreichen und zur Gestaltung zu befähigen.

- 610 • BNE muss durch die gesamte Bildungskette von den Kindertageseinrichtungen.
611 Schulen, außerschulische Bildung, Hochschulen bis zur Weiterbildung
612 hindurch gestärkt werden: Die Ziele der BNE müssen in den didaktischen
613 Konzeptionen der Trägern und bei den Bildungsverantwortlichen und
614 Bildungsakteur*innen sowie in Aus- und Fortbildung der pädagogischen
615 Kräfte stärker verankert werden. Gerade im schulischen Bereich muss die
616 vorliegende Leitlinie konsequent umgesetzt werden.
- 617 • BNE muss verpflichtend zu einer inhaltlichen Säule der Regionalen
618 Bildungsnetzwerke gemacht werden.
- 619 • Die Mittel für außerschulische Kooperationspartner im Bereich BNE sind
620 deutlich zu erhöhen. Die Zahl der Regionalzentren im BNE-Landesnetzwerk

621 soll vergrößert, mehr Projekte, Netzwerke und kommunale Aktivitäten
622 gefördert werden.

623 Das Ende der Verschwendung

624 Eine gesunde Umwelt und Natur kann es nur geben, wenn unsere Wirtschaft nicht
625 nur eine Richtung, von der Fabrik auf die Müllkippe kennt. Eine Wirtschaft
626 innerhalb der planetaren Grenzen ist eine Kreislaufwirtschaft, in der Ressourcen
627 wieder zurück in neue Produkte geführt werden, anstatt sie als Abfall ungenutzt
628 zu lassen oder zu verbrennen. Eine Kreislaufwirtschaft, die wo immer möglich
629 regional verankert ist, schont die natürlichen Ressourcen, schützt das Klima und
630 reduziert die Belastung von Böden, Luft und Wasser durch Altlasten und
631 Schadstoffe. In einer Kreislaufwirtschaft sind Produkte von der Flasche, über
632 das Handy bis zum Gebäude langlebig, reparierbar, schadstofffrei,
633 wiederverwendbar und leicht recyclebar.

- 634 • In NRW machen sich schon viele Unternehmen selbst auf den Weg in eine
635 Kreislaufwirtschaft. Wir GRÜNE fördern den Umbau in die
636 Kreislaufwirtschaft durch Mittel des Landes und aus europäischen
637 Fördertöpfen. Zudem stärken wir die Grundlagen- und anwendungsbezogene
638 Forschung zur Kreislaufwirtschaft, u.a. durch ein NRW-Forschungsinstitut
639 für Kunststoffrecycling und einen NRW-Pakt für Batterierecycling sowie
640 Recycling-Baustoffe. Unser Ziel ist, dass NRW Vorreiter in der
641 Kreislaufwirtschaft wird, so wie das Land einst durch Kohle und Stahl zur
642 industriellen Herzkammer des Kontinents wurde.
- 643 • Gerade die ressourcenintensive Baubranche muss zu einem Musterbeispiel für
644 Kreislaufwirtschaft werden. In der GRÜNEN Bauwende werden geschlossene und
645 giftfreie Stoffkreisläufe zum Leitprinzip, werden Recyclingmaterialien von
646 Beton bis Kunststoffen zur Norm. Wo immer möglich, wird mit
647 Recyclingmaterialien und Holz gebaut, das langfristig CO₂ aus der
648 Atmosphäre bindet.
- 649 • Wir fordern eine Ressourcengebäudeausweis, der transparent macht, mit
650 welchen Stoffen gebaut wurde und wie beim Lebensende des Gebäudes diese
651 wieder genutzt werden können.
- 652 • Beim Übergang in eine Kreislaufwirtschaft sollten die landeseigenen
653 Unternehmen zugleich Vorbild als auch Innovationstreiber sein. Durch
654 verbindliche Zielvereinbarungen zur Kreislaufwirtschaft für den Betrieb
655 und Quoten z.B. für Recyclingmaterial und Holzbau bei bestehenden und
656 neuen Gebäuden wollen wir Leuchttürme der Kreislaufwirtschaft und der
657 Bauwende überall in NRW aufleuchten lassen. In öffentlichen Bauten
658 schreiben wir z.B. die Verwendung von Holz und Recyclingbeton vor, wo
659 immer dies möglich ist.
- 660 • Noch immer landet viel zu viel Bioabfall in der Restmülltonne und wird
661 dann verbrannt. Das ist eine enorme Ressourcenverschwendung. Die Pflicht
662 zur getrennten Erfassung von Bioabfällen muss endlich konsequent umgesetzt
663 werden. Wir wollen, dass die kostenlose Biotonne überall in NRW zum
664 Standard wird.

665 Ehrenamt stärken

666 Natur- und Umweltschutz in NRW wird ganz wesentlich von ehrenamtlich Engagierten
667 getragen – ob bei Bildungsprogrammen, Müllsammelaktionen, Vogelzählungen,
668 Demonstrationen oder Volksinitiativen. Viele Engagierte ergänzen und ersetzen
669 Leistungen öffentlicher Stellen. Diese Engagierten verdienen, dass ihre Arbeit
670 von öffentlicher Seite Wertschätzung erfährt, pragmatisch und schnell
671 unterstützt wird und dass ihre Expertise in Entscheidungen eingebunden wird. Wir
672 wollen zudem die Ehrenamtspauschale erhöhen und dafür sorgen, dass
673 Ehrenamtler*innen Fördergelder ohne hohen Verwaltungsaufwand beantragen können.

674 Eine starke und moderne Verwaltung für Umwelt- 675 und Naturschutz

676 Ein zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen ist nur möglich, wenn der Schutz der
677 natürlichen Lebensgrundlagen gesichert und die weitere Entwicklung unter
678 ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekten nachhaltig gestaltet wird. Es
679 muss klar sein, dass Europa-, Bundes- und Landesrecht gilt und konsequent
680 angewendet wird. Denn dieses Recht schützt berechnigte Interessen der Menschen,
681 der Umwelt und der Wirtschaft. Die Umweltverwaltung in Nordrhein-Westfalen
682 leistet einen wichtigen Beitrag zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen, zum
683 Erhalt öffentlicher Infrastruktur und nicht zuletzt zur Sicherung des Industrie-
684 und Wirtschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen. Sie ist elementarer Bestandteil
685 der Daseinsvorsorge. Eine moderne und wirkungsvolle Umweltverwaltung ist
686 entscheidend um dies sicherzustellen und zu steuern.

687 Die Beratung und Verfahrensbegleitung von Vorhabenträgern, Antragstellern,
688 Verbänden und Politik ist ein wichtiges Element moderner Verwaltung. Dabei muss
689 sie ihrer Rolle als unabhängiger Anwalt der Umwelt gerecht werden.

690 Wir halten die Struktur der nordrhein-westfälischen Umweltverwaltung in ihren
691 Grundzügen für zukunftsfähig, allerdings besteht an verschiedenen Stellen
692 Optimierungsbedarf:

- 693 • Die Zusammenarbeit zwischen der Landes- und der Kommunalebene muss weiter
694 verbessert werden. Ein gemeinsames Verständnis als "Umweltverwaltung NRW"
695 ist eine wichtige Voraussetzung für die Umsetzung von umweltpolitischen
696 Zielen im Vollzug.
- 697 • Auf allen drei Ebenen der Umweltverwaltung werden verpflichtend
698 unabhängige Umweltbeschwerdestellen für interne und externe Hinweise auf
699 Misstände im Natur- und Umweltschutz eingerichtet (Grüne Telefone).
- 700 • Der Umweltbereich gehört in NRW – wie in allen Bundesländern – zu den
701 Bereichen der Landesverwaltung, die stellenmäßig kaum ins Gewicht fallen.
702 Über nachvollziehbare Schlüssel zur Personalbemessung muss der Bedarf für
703 die einzelnen Behörden ermittelt werden und die nötigen Haushaltsmittel
704 zur Einrichtung von adäquat dotierten Stellen bereitgestellt werden.
- 705 • Durch innovative Formen der Personalgewinnung stellen wir sicher, dass der
706 öffentliche Dienst in der Konkurrenz mit der Wirtschaft um Fachkräfte
707 nicht noch mehr ins Hintertreffen gerät. Hierzu soll eine

708 Öffentlichkeitskampagne beitragen, die Anforderungen, Bedeutung und
709 Selbstverständnis der Umweltverwaltung darstellt. Wir werden bestehende
710 Laufbahnausbildungen beibehalten und eigens für den Naturschutz eine
711 Laufbahnausbildung einrichten. Zusätzlich wollen wir Möglichkeiten der
712 dualen Ausbildung schaffen. Die für die Aufgabenwahrnehmung in der
713 Umweltverwaltung erforderlichen fachlichen Qualifikationen müssen an
714 unseren Hochschulen weiterhin erworben werden können.

715 • Die Möglichkeiten der Digitalisierung müssen konsequent ausgeschöpft
716 werden zur Erhöhung der Effizienz, Datentransparenz und
717 Wirtschaftlichkeit. Dabei müssen landesweit gültige Standards gelten.

718 • Gerade im technischen Umweltschutz und im Naturschutz ist eine
719 interdisziplinäre Zusammenarbeit innerhalb und zwischen Behörden sowohl
720 bei Genehmigungen als auch Überwachung unerlässlich. Dies führt zu
721 qualitativ besseren Ergebnissen und zu einem effizienteren Umgang mit
722 Ressourcen nicht nur bei den Behörden, sondern auch bei den
723 Wirtschaftsunternehmen.

724 • Die Zusammenarbeit zwischen Umwelt- und Strafverfolgungsbehörden muss
725 gestärkt werden. Im Umweltministerium führen wir die Stabsstelle
726 Umweltkriminalität wieder ein und stellen sie finanziell und personell so
727 aus, dass sie Umweltkriminalität wirksam aufdecken und verfolgen kann.